

# DRINGLICHE MOTION

**Urheber** SVPO, durch Michael GRABER, Sandro FUX und Bernhard FRABETTI  
**Gegenstand** Homeoffice für den Grossen Rat: Für einen virtuellen Ratsbetrieb in Krisenzeiten  
**Datum** 09/11/2020  
**Nummer** 2020.11.355

## **Aktualität des Ereignisses**

Im europäischen Vergleich zählt das Wallis mit einer Inzidenz von >1500 Covid-19-Infektionen pro 100'000 Einwohner zu den am schlimmsten betroffenen Gebieten (siehe epidemiologische Situation im Wallis für KW 44).

## **Unvorhersehbarkeit**

Dass sich das Wallis während der zweiten Welle europaweit zu einem Top-Hot-Spot entwickeln würde, war nicht antizipierbar.

## **Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme**

Die einschneidenden Massnahmen des Staatsrates wurden am 4.11.20 weiter verschärft. Gastrobetriebe sind ab dem 6.11.20 zu Schliessungen gezwungen. Personentreffen sind weiterhin stark limitiert. Was für Private und Betriebe gilt, soll für die Legislative nicht anders sein. Es gilt die Verhältnismässigkeit zu wahren. Das Parlament muss seine Verantwortung wahrnehmen, um die Gefahr der Virus-Verbreitung bspw. über einen möglichen Super-Spreader-Event gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Aufgrund der epidemiologischen Lage stellt die Zusammenkunft des 130-köpfigen Parlaments, welches aufgrund des Suppleantensystems in wechselnder Zusammensetzung tagt, ein unhaltbares Risiko für die Verbreitung des Virus dar, bspw. über die Entstehung eines potentiellen Super-Spreader-Events. Mit Martinach liegt der Tagungsort zudem im denkbar ungünstigsten Bezirk, welcher kantonsweit die höchste Inzidenz mit 1'870 Covid-19-Infektionen pro 100'000 Einwohner aufweist (Daten zu KW 44). Aufgrund der epidemiologischen Lage kann es überdies vorkommen, dass einzelnen Parlamentarier oder ganzen Gruppen von Parlamentariern wegen gesundheitlicher Vorschriften die physische Teilnahme an Ratsitzungen verwehrt ist. Dies würde dazu führen, dass die Legitimität der an den entsprechenden Sessionen gefassten Beschlüsse grundsätzlich in Frage gestellt wäre. Aus staatspolitischer Sicht ist diese Situation fragwürdig.

Im Weiteren wird der Bund nicht müde, die Bürger dazu aufzufordern, ihre Mobilität drastisch einzuschränken. Homeoffice wird dringend empfohlen. Ungeachtet des Schutzkonzepts für Saalzusammenkünfte darf die Legislative nicht davon ausgenommen werden, wenn auch Gastrobetriebe trotz Sicherheitsvorkehrungen ihre Dienste einstellen müssen.

Die besonderen Umstände erfordern neue Wege. Bereits vor Jahren wurde das "papierlose Parlament" eingeführt und die digitalen Kanäle stark ausgebaut. Die Sessionen des Walliser Grossen Rates können ab sofort ohne weiteres über gängige Konferenzplattformen virtuell organisiert und durchgeführt werden. Selbst Beschlussfassungen sind über Abstimmungsfunktionen transparent, nachvollziehbar und vor allem

fälschungssicher machbar. Die Privatwirtschaft ist mit gutem Beispiel vorangegangen. Telekonferenzen sind an der Tagesordnung. Generalversammlungen von börsenkotierten Gesellschaften werden und wurden online abgehalten. Die Parteien nutzen digitale Kanäle, um Mitgliederversammlungen und Fraktionssitzungen durchzuführen. Auch haben schon vereinzelt Sitzungen der thematischen Kommissionen des Grossen Rates virtuell stattgefunden. Nicht zu vergessen sind die öffentlichen Schulen, welche teilweise sehr erfolgreich in Videoklassenräumen Wissen vermitteln.

Dass die Schutzkonzepte hierfür nicht ausreichen, belegt die Sondersession des Nationalrats von Ende Oktober: Obwohl diese nur zwei Tage dauerte und ein striktes Schutzkonzept angewandt wurde, gab es zahlreiche Ansteckungen unter den Parlamentariern, welche das Virus potenziell in alle Landesteile verbreiten können. Daher prüft die staatspolitische Kommission des Nationalrats zurzeit ebenfalls eine virtuelle Durchführung der kommenden Sessionen. Ebenfalls wurde die Eidgenössische Jugendsession 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie erstmals virtuell durchgeführt.

Die Parlamentsarbeit darf jetzt wie auch in künftigen Krisen nicht unterbrochen werden. Sie muss jedoch in Bezug auf die Gesundheit aller Beteiligten und deren Umfeld sicher durchführbar sein. Und schliesslich muss das Parlament mit gutem Beispiel vorangehen, wenn es darum geht, die der Bevölkerung und den Unternehmen auferlegten Massnahmen selbst einzuhalten.

### **Schlussfolgerung**

Ausserordentliche Umstände erfordern ausserordentliche Massnahmen. In Krisenzeiten braucht es ein Alternativsystem zu physischen Sessionen. Es wird Zeit, dass das papierlose Parlament endgültig im digitalen Zeitalter ankommt. Wir fordern darum umgehend die Möglichkeit einer virtuellen Durchführung der Grossratssessionen sowie notwendigenfalls die Schaffung der dafür erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen.